

Laibacher Zeitung.



Abonnementpreis: Mit Postversendung: ganzjährig 90 K., halbjährig 45 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K., halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — Inserationsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 50 h., größere per Zeile 12 h.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 6 h.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Kongressplatz Nr. 2, die Redaktion Dalmatin-Gasse Nr. 6. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

Amtlicher Teil.

Seine I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. Februar d. J. die Einreichung des mit dem Titel und Charakter eines Hofrates bekleideten Direktors des österreichischen archäologischen Institutes Dr. Otto Benndorf ad personam in die fünfte Rangklasse der Staatsbeamten allergnädigst zu genehmigen geruht.

Artel m. p.

Den 12. Februar 1902 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XCV. Stück der kroatischen und ruthenischen Ausgabe des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1901, sowie das I. Stück der kroatischen und das V. Stück der böhmischen Ausgabe des Reichsgesetzblattes vom Jahre 1902 ausgegeben und versendet.

Nach dem Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 12. Februar 1902 (Nr. 36) wurde die Weiterverbreitung folgender Preszeugnisse verboten:

- Nr. 6 „Wollstrümpfe“ vom 6. Februar 1902.
- Nr. 625 „Il Lavoratore“ vom 4. Februar 1902.
- Nr. 544 „Il Popolo“.
- Nr. 11 „Deutsche Leipziger Zeitung“ vom 5. Februar 1902.
- Nr. 602 „Wiek XX.“ vom 4. Februar 1902.
- Nr. 84 „Kurjer lwowski“ vom 3. Februar 1902.
- Nr. 19 „Dito“ vom 5. Februar 1902.

Nichtamtlicher Teil.

Zur Handelspolitik.

Die Meldung eines ungarischen Blattes, betreffend die Verlängerung der Handelsverträge wird vom „Fremdenblatt“ als unrichtig und der Aktualität entbehrend bezeichnet, daran jedoch die Meinung geknüpft, es sei nicht ausgeschlossen, daß die Wahl zwischen Kündigung oder der stillschweigend einjährigen Verlängerung durch Nichtbenützung der vertragsmäßigen Kündigungsklausel im Laufe dieses Jahres überhaupt keine Aktualität erlangen kann, da tatsächlich kein einziger der Zollvertragsstaaten die Revision seines Generalzolltarifes bereits beendet oder der Entscheidung in der Volksvertretung auch nur ganz nahe gebracht hat.

Nach der Ansicht des „Neuen Wiener Tagblatt“ würde die Situation in Berlin ein Argument, daß die Verhandlungen zwischen Wien und Budapest nicht im beschleunigtesten Tempo geführt werden müssen, ja sogar den Ausweg ermöglichen können, diesen ganzen Komplex von Fragen auf ein Jahr zu verlagern.

Feuilleton.

Küchen-Grausamkeiten.

Witze und Rathschläge von Hildegard Orth.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Freilich enthalten wir uns augenblicklich wenigstens zum Teile der Grausamkeiten, worin sich vergangene Epochen gefielen. Noch zu Beginn des vorigen Jahrhunderts peitschte man die Spanferkel mit blinzen Nuten fast zutode; der gastronomische Aberglaube hatte den Satz aufgestellt, daß bei dieser Handlung das Fleisch um vieles zarter und mürber werde. Ein berühmtes Kochbuch, das eine große Reihe von Auflagen erlebte und vielleicht sogar noch heute in manchem Haushalte angetroffen wird, schreibt in dem Kapitel, das die Zubereitung der Fische und das bewährte vorhin geschilderte Abhäuten der Male betrifft, folgendes: „Da sich der Aal bei dieser graubadurch, daß man ihn mit dem Tuch fest am Kopfe ergreift und ihn mit der Spitze des Schwanzes heftig auf den Tisch schlägt; reibe ihn tüchtig mit Salz ab, bestreue eine Schlinge von Wandsaden dicht unter die Glossen des Kopfes, hänge den Aal dann auf und ziehe die Haut auf die oben angegebene Weise davon ab.“ Die europaischen Völker des Ostens lassen sich von den gleich großen Grausamkeiten, die in ihrer

Die „Wiener Morgenzeitung“ würde eine Verlängerung der Handelsverträge mit großer Genugtuung begrüßen, weil sie Raum zur Ausgleichung der Gegensätze und zur Stärkung der Arbeitsfähigkeit des Parlamentes gewähre.

Der „Ostdeutschen Rundschau“ zufolge dränge im Augenblicke die Erneuerung der Handelsverträge noch nicht unter Dach und Fach gebracht und folglich alle Ursache hat, noch auf mindestens ein Jahr hinaus an der zur Zeit bestehenden Verträgen nichts zu ändern. Mit Ungarn ins Reine zu kommen, sei Oesterreich ebenfalls insoweit nicht gedrängt, als die internationalen Handelsverträge noch ruhen. Es bestehe sonach für unsere Staatslenker kein zwingender Grund, die kommenden Entscheidungen nicht ruhig reifen zu lassen.

Die „Deutsche Zeitung“ richtet an die Abgeordneten die Aufforderung, dem Ministerpräsidenten in seinen Unterhandlungen über den Zolltarif volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Die gegenwärtige Sachlage erfordere die strammste Einigkeit des Wiener Parlamentes. Nur so kann dieses der Regierung die notwendige kräftige Stütze bei ihren Verhandlungen mit Szell sein.

Das „Neue Wiener Journal“ hält die etwaige hinauschiebung der Kündigungsfrist der Handelsverträge für einen Glücksfall, der dem Ministerium Koerber zustatten käme, und, weise ausgenützt, nicht nur dessen Position, sondern auch die Oesterreichs wesentlich verbessern müßte.

Die „Oester. Volkszeitung“ hält die Aussichten für einen österreichisch-ungarischen Ausgleich für gebesserte, weil einerseits die gegenwärtige Regierung bei Behandlung wirtschaftlicher Fragen unbestreitbar Geschicklichkeit und Sachkenntnis an den Tag gelegt hat, und weil andererseits auch bei den Parteien des Abgeordnetenhauses im allgemeinen das Verständnis oder wenigstens das Interesse für wirtschaftliche Angelegenheiten zugenommen hat und nicht mehr in demselben Maße wie früher durch nationale Unberühnlichkeit niedergehalten wird.

Nach dem „Illustr. Wiener Extrablatt“ könnte für alle Staaten, mit einziger Ausnahme der Schweiz, die ihren autonomen Zolltarif bereits fertiggestellt und anstandslos durch die erste Lesung gebracht hat, kaum etwas Erwünschteres kommen, als eine stillschweigende Verlängerung der Frist, binnen welcher

Küche festen Fuß gefaßt haben, selbstverständlich ebensowenig abbringen. Sehr beliebt ist die folgende Speise. Man hält ein Geflügel, etwa Huhn, Ente oder Gans, über eine auf das Feuer gestellte Pfanne, so daß die Füße des Tieres diese eben berühren. Die große Hitze bewirkt, daß die Füße nunmehr anschwellen und gewissermaßen alles Blut eben hierher strömt. Nun taucht man jene immer nach Verlauf einiger Minuten abwechselnd in verschiedene ledere Gewürzmischungen, um mit dem Tiere darauf von neuem die grausame Prozedur über der glühenden Pfanne vorzunehmen. Die Füße werden demgemäß allmählich vollkommen von den betreffenden Würzen durchtränkt und bilden einen Lederbissen, den der Chinese nicht genug zu rühmen weiß. Des Todeskampfes, den das Tier dabei zu leiden hat, achtet er nicht, die Martern, denen es überliefert ist, gelangen nicht bis an das Herz dieser gelben Rasse. Genug, daß sein Gaumen einige Minuten des Wohllebens durchkosten darf; alles andere ist ihm gleichgültig. Ähnlich wird ein ferneres chinesisches Gericht hergestellt, dem eine gleiche Grausamkeit zugrunde liegt. Es handelt sich um die Verwertung von Schildkröten, mit denen, wie die mongolischen Ledermäuler behaupten, die europäischen Küche ohnehin nichts Rechtes anzufangen weiß. Freilich muß uns die Zubereitung auch gar zu barbarisch dünken. Man bringt die Schildkröte in einen mit Wasser gefüllten Topf und stellt beide auf das Feuer. In dem Dedel des Topfes, der sonst völlig verschlossen sein muß, ist eine Oeffnung angebracht,

die neuen Verträge auf Grundlage autonomer Tarife fertiggestellt sein müssen. Die größten Schwierigkeiten finden sich nämlich gerade bei den zwei wichtigsten Vertragsstaaten, bei Oesterreich-Ungarn und bei Deutschland.

Deutsch-englische Spannung.

Seitens englischer Blätter wurde die Ausstreuung verbreitet, Deutschland habe im spanisch-amerikanischen Kriege eine Intervention, die gegen die Union gerichtet war, beantragt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wies diese Ausstreuung schroff mit dem Hinweis zurück, daß gerade England eine solche Intervention vorgeschlagen habe. Diefer Tage interpellierte nun der Liberale Norman im Unterhause, ob England jemals durch einen Botschafter eine gemeinsame Note vorgeschlagen habe, in welcher die Mächte erklären sollten, daß Europa die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten in Kuba als nicht gerechtfertigt erachte, und ob dieser Schritt insolge der Weigerung Deutschlands, sich anzuschließen, aufgegeben worden sei. Unterstaatssekretär Cranborne entgegnete, die Regierung habe niemals durch einen Botschafter oder auf andere Weise irgendwelche Erklärung vorgeschlagen, welche sich gegen die Aktion der Vereinigten Staaten in Kuba richtete; die Regierung habe es im Gegenteile abgelehnt, irgendeinem dahingehenden Vorschlage zuzustimmen.

Zur Aufklärung der Frage, wie sich Deutschland im Frühjahr 1898 zu dem Gedanken der Einmischung in den spanisch-amerikanischen Konflikt stellte, veröffentlicht nun der „Reichsanzeiger“ eine Note des deutschen Botschafters in Washington, worin er mitteilt, daß der englische Botschafter die Initiative zu einem neuen Kollektivschritt der Vertreter der Großmächte in Washington ergriffen habe, wonach die Mächte eine identische Note beschließen sollten, erklärend, daß ihnen die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten nicht gerechtfertigt erscheint. Der deutsche Botschafter bemerkte hierzu, er persönlich stehe einer solchen Kundgebung ziemlich kühl gegenüber. Kaiser Wilhelm machte hiezu die Bemerkung: „Ich halte die Kundgebung für gänzlich verfehlt, zwecklos, daher schädlich; bin gegen diesen Schritt.“ Weiter veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ den Originaltext des vom englischen Vertreter den übrigen vorgelegten Entwurfes der Kollektivnote. Die Haltung des Kongresses gebe nur geringe Hoffnung auf Erhaltung

nur gerade groß genug, um der Schildkröte zu gestatten, daß sie den Kopf hindurchstrecke. Das Wasser beginnt dann zu sieden. Dem gemarterten Tiere deutet es unbehaglich in seinem Gefängnisse; die Zunge leckt nach einem kühlen Tropfen; zum mindesten sehnen sich die Lungen nach kälterer Luft. Die Schildkröte steckt also den Kopf, wie vorauszu sehen, aus dem Topfe: bei dieser Gelegenheit wird sie immer mit gewürztem Weine getränkt und mit köstlichem Teige, einem Lederbissen für ihren Gaumen, gefüttert. Da sie ein sehr zähes Leben hat, dauert diese entsetzliche Masskur eine ganze Weile an; wenn das Tier schließlich verendet, ist auch das Gericht fertig: es soll so köstlich munden, daß sich die bezopften Söhne und Töchter des himmlischen Reiches dabei in das Paradies verjagt wähen.

Aber sind wir denn wirklich so viel menschlicher beim Töten derjenigen Geschöpfe, die wir zu Küchenzwecken benötigen? Hummern u. Krebse kommen auch bei uns völlig lebend auf das Feuer, um hier von der Blut langsam zu Tode gekocht zu werden, der geringeren Grausamkeiten nicht zu gedenken, die dem modernen Kulturmenschen beim Schlachten des Hausgeflügels unterlaufen. Ich bin durchaus keine Feindin von Fleischspeisen und weiß deren Wert in jeder Hinsicht zu schätzen; aber ich mag auch nicht, wenn ich mich an den Tisch setze und meinen Kindern oder Gästen zu essen gebe, von dem Gedanken gemartert sein, daß die Geschöpfe, an deren Fleisch wir uns nunmehr gütlich tun, zuvor durch einen echt grausamen Akt zutode be-

des Friedens, und es werde allgemein angenommen, daß die kriegerischen Maßnahmen die Billigung der Großmächte haben. „Das vom spanischen Gesandten am 10. April überreichte Memorandum scheint mir und meinen Kollegen dem Kriege jede berechnete Grundlage zu entziehen.“

Weiters wird in dieser Angelegenheit aus Berlin, 12. d. M., gemeldet: In hiesigen Regierungskreisen herrscht große Aufregung über die Erklärung Lord Cranbornes im Unterhause. Der Kaiser selbst ist sehr irritiert über die Angelegenheit und war bereits heute früh beim englischen Botschafter. In politischen Kreisen verlautet, daß deutscherseits die weitere Veröffentlichung von Aktenstücken in der Lord Cranborne-Affaire bevorstehe. Zweifellos herrscht große Spannung zwischen hier und England. Man ist sehr verstimmt, daß Lord Cranborne gerade die Zeit des Brinzenbesuches in Amerika aussuchte, um gegen Deutschland in Amerika Stimmung zu machen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 13. Februar.

An die Weigerung des französischen Ministers des Aeußern, Delcassé, die angekündigte Anfrage eines Deputierten, betreffend die Haltung Frankreichs gegenüber dem Versuche Hollands zu einer Vermittlung im südafrikanischen Kriege, anzunehmen, knüpft eine Meldung aus Paris folgende Bemerkungen: Der Kritik der Opposition haftet zunächst der Mangel an, daß sie von der Annahme ausgeht, die französische Regierung wäre überhaupt in die Lage gekommen, eine Unterstützung des holländischen Schrittes in Erwägung zu ziehen. Diese Möglichkeit war aber durchaus nicht geboten, da das niederländische Kabinett bei seinem Vorhaben weder Frankreich, noch irgendeine andere Macht ins Vertrauen gezogen hat. Jedoch auch die etwaige Kenntnis der Absichten Hollands hätte die Kraft der im allgemeinen Friedensinteresse wurzelnden Gründe, welche Frankreich ebenso wie alle anderen Staaten während des ganzen Verlaufes des Krieges vom Versuche einer Mediation abgehalten haben, nicht im geringsten abzuschwächen vermocht. So einig auch die Regierungen mit den zivilisierten Völkern in dem lebhaften Wunsche sind und seit langem waren, dem Blutvergießen in Südafrika ein Ende gesetzt zu sehen, stehen doch einem Eingreifen Momente entgegen, für deren Ueberwindung angesichts des notorischen Standpunktes Englands ein Auskunftsmittel nicht gefunden werden könnte. Die öffentliche Meinung ist durch wiederholte Londoner Kundgebungen darüber unterrichtet worden, daß die englische Regierung jeden Gedanken einer Vermittlung im südafrikanischen Streite an der Schwelle zurückweist. Den Holländern allein kommt in Anbetracht ihrer Stammesverwandtschaft mit einem der Streittheile eine Art Ausnahmstellung zu, welche dem Haager Kabinette das Anerbieten einer Vermittlung an England unter allen Umständen als eine unabweißbare Pflicht erscheinen lassen mochte. Der Anschluß einer anderen Macht an das Vorgehen Hollands würde seitens Englands als der Versuch eines Druckes auf seine Entschlüsse aufgefaßt worden sein, somit eine Verwickelung der südafrikanischen Angelegenheit geschaffen haben, auf deren Vermeidung man seit dem Beginne des Krieges allseits sorgfältig bedacht ist.

fördert werden mußten. Tauben schlachtet man am schmerzlosesten, indem man durch einen kräftigen Schnitt den Kopf vom Rumpfe trennt. Junge Tauben tränke ich eine halbe Stunde vor dem Schlachten mit lauwarmen Milch; wenn die Tierchen diese nicht trinken wollen, so flößt man ihnen vom eignen Munde aus die Milch in Schnabel und Kopf; weiteres Futter möge man ihnen ganz und gar nicht geben. Gänse und Enten sollen drei Stunden vor dem Schlachten gleichfalls keine Nahrung erhalten, Puten und Hühner sogar noch längere Zeit. Man macht die Tiere durch übereifrige Fütterung ja nur noch widerstandsfähiger dem Todesstreich gegenüber, dem sie geweiht sind, und überdies werden Kropf und Gedärme unnötigerweise gefüllt.

Geflügel wird immer am schmerzlosesten getötet, wenn man den Kopf auf einen Hackloß legt und dann mit sicherem Beilhiebe vom Rumpfe trennt. Der Todeskampf ist alsdann nur knapp bemessen; völlig aus der Welt schaffen freilich kann man ihn niemals. Alles in allem bedarf man dazu gleichwohl stets einer sichereren Hand und eines wohlgezwappneten Herzens. Wer in der einen oder anderen Hinsicht ledig ausgegangen ist, der stehe lieber von solchem Unterfangen ab. Auch das Töten der Tiere, die allein zu Küchenzwecken gebraucht werden, bedarf immerhin der Uebung. Mancher lernt's nie — und ich meine, die Hausfrau braucht nicht zu erröten, wenn sie eingesteht, daß sie darin Stümperin geblieben.

Aus dem Inhalte des englisch-japanischen Bündnisvertrages ist noch Folgendes zu berichten: In der Einleitung wird erwähnt, daß eines der Ziele Englands und Japans das sei, in China und Korea gleiche Gelegenheiten für den Handel und die Industrie zu sichern. Im Artikel I wird erklärt, daß die vertragsschließenden Teile wechselseitig die Unabhängigkeit anerkannt haben und erklären, daß sie von keinerlei aggressiven Absichten in einem dieser beiden Länder beeinflusst sind, jedoch ihre speziellen Interessen im Auge haben. Von diesen bezögen sich diejenigen Großbritanniens hauptsächlich auf China, während Japan neben den Interessen, welche es in China besitzt, im besonderen Grade sowohl in politischer Hinsicht als auch in Bezug auf Handel und Industrie in Korea interessiert sei. Die vertragsschließenden Teile erkennen an, daß es für jeden von ihnen zulässig sein soll, solche Maßregeln zu ergreifen, die zur Wahrung seiner Interessen unentbehrlich sind. Die Dauer des Abkommens, Artikel VI, bestimmt nicht, daß es in fünf Jahren aufhören soll, vielmehr soll dasselbe bindend bleiben bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an, an welchem es von einem der beiden vertragsschließenden Teile gekündigt wird.

Tagesneuigkeiten.

(Kampf mit einer Katze.) Die in Währing wohnhafte Private Frau Marie Böhm-Auspitz, eine 44jährige Dame, hatte einen fürchterlichen Kampf mit einer Katze zu bestehen. Frau Böhm spielte um 11 Uhr in der Wohnung mit ihrer Lieblingskatze und gab ihr losend einen leichten Schlag ins Gesicht. Die Katze fuhr plötzlich raubtiergleich auf die Frau los, kratzte und biß sie in den rechten Fuß. In höchstem Entsetzen wollte Frau Böhm das Tier mit dem Fuße wegschieben, doch plötzlich sprang ihr die Katze auf die Brust und rüstete sich zu einer zweiten Attacke. Frau Böhm gelang es, die Katze, die sich furchtbar sträubte, mit der rechten Hand herabzuwerfen, doch kaum am Boden, unternahm das offenbar wütende Tier den dritten Angriff, sprang auf den rechten Arm der Dame, biß und zerkratzte sie fürchterlich. Nun gelang es endlich der Ueberfallenen, ins Nebenzimmer zu flüchten und die Türe hinter sich abzusperrern. Die Tochter der Dame konnte nach langen, vergeblichen Versuchen die wütende Katze fangen; in einem Korbe trug sie sie zu einem Tierarzte, der das Tier sofort vergiftete.

(Aus der Tragödie des Lebens.) Kleine, vorerst kaum bemerkte Zufälligkeiten haben in den letzten Tagen den Tod zweier Menschen bewirkt. Aus Eger wird das Hinscheiden des hochgeachteten Augenarztes und Operateurs Dr. Anton Babiarz gemeldet. Der 39jährige, in der Vollkraft seines Schaffens stehende Mann hatte sich beim Lesen einer illustrierten Zeitung im Kaffeehause mit dem Gestirke leicht den Finger geritzt; die Folge war Blutvergiftung und Tod. — Bismöglich noch tragischer ist das Ableben eines durch Geist und Schönheit in der Budapest-Gesellschaft bekannten Mädchens, der Tochter eines hohen Beamten. Die junge Dame war im Zimmer auf ein Stüchchen Drangenschale getreten und ausgeglitten. Die Folge war Gehirnerschütterung und Tod.

(Wie lange dauert ein „Augenblick“.) Ein deutscher Forscher hat durch ein einfaches Verfahren die gewöhnliche Bewegung der Augenlider untersucht und dabei auch die durchschnittliche Länge eines „Augenblickes“ festgestellt. Das Verfahren bestand darin, daß an dem Rande des Augentlids ein Stück Papier befestigt und dann die Bewegung durch photographische Aufnahme bestimmt wurde. Die Ergebnisse lehren, daß sich das Augenlid sehr schnell abwärts bewegt, dann aber für kurze Zeit hat macht, ehe es sich ganz schließt. Die Aufwärtsbewegung erfolgt langsamer. Die mittlere Dauer der Aufwärtsbewegung wird zu 75 bis

Eine Hamburger Patriziertochter.

Roman aus dem modernen Hamburg von Ormanos Sandor (35. Fortsetzung.)

„Du bist zwanzig Jahre alt“, sagte er nach längerem Schweigen, „in unseren Familien ist es Sitte, daß die Töchter mit ein- oder höchstens zweiundzwanzig Jahren ihre Wahl getroffen haben. Du wirst von dieser Regel keine Ausnahme machen.“

„Ich sagte dir, daß ich nicht heiraten werde!“ In dem harten, ruhigen Klange ihrer Stimme war etwas, das den Senator nun doch stutzen machte.

„Nicht heiraten? Unfinn! Das ist so eine Redensart der Backfischen! Selbstverständlich wirst du heiraten! Ich wüßte keinen vernünftigen Grund, weshalb du dich darauf versteinen solltest, eine alte Jungfer zu werden.“

„Aber ich habe meinen Grund!“ Der Senator hielt unwillkürlich seinen Schritt an und legte, stehen bleibend, die Hand fest auf seine Stuhllehne. Auch seine Gemahlin richtete sich, aufhorchend, aus ihrer bequemen Stellung auf.

„Da wäre ich doch gespannt!“ sagte sie.

„Ich liebe einen Mann, den ich nicht heiraten kann, weil ihr mir voraussichtlich nicht eure Einwilligung dazu geben werdet und weil ich natürlich niemals gegen euren Willen eine Verbindung eingehen werde. Jedenfalls ist das, wie ihr selber zugeben werdet, aber ein genügender Grund, um überhaupt auf's Heiraten zu verzichten“, erklärte Judith gelassen. Kein

91 tausendstel einer Sekunde angegeben, die Zeit bis zum völligen Schluß des Auges auf 15 bis 17 hundertstel, die Dauer der Hebung des Lids auf 17 hundertstel einer Sekunde. Ein ganzer Augenblick dauert demnach etwa 0.4 oder nicht ganz eine halbe Sekunde.

(Billardspiel und Politik.) Das große Billardturnier, das gegenwärtig in Paris stattfindet, gibt vom „Figaro“ Veranlassung, daran zu erinnern, daß Präsident Grévy einer der besten und eifrigsten Billardspieler in Frankreich war. Sein Partner war gewöhnlich ein ehemaliger Sakristan von Saint-Roch, den er in irgendeinem Kaffeehause kennen gelernt hatte. Grévy und der Sakristan spielten jeden Tag zusammen, und als Papa Grévy Präsident wurde, erschied der Küster täglich im Elysée, um dort weiter zu spielen. Das war vielleicht die einzige Stunde wahrer Erholung, die sich der arbeitsfreudige Grévy inmitten seiner Sorge um das Staatswohl gönnte. Eines Tages aber blühte der Sakristan aus. Man glaubte, daß er erkrankt sei, und Papa Grévy ließ sich nach seinem Befinden erkundigen. Der Sakristan war aber gesund wie der Fisch im Wasser — „strikte“ nur, weil er „als Mann der Kirche“ nicht mehr im Elysée erscheinen konnte, nachdem Grévy als Staatspräsident „ein kirchenfeindliches Gesetz unterzeichnet“ hatte. Die Politik trennte die beiden wackeren Männer für immer, und Papa Grévy empfand den Verlust seines treuen Billardpartners vielleicht tiefer und schmerzlicher als alle Intimpellationen und Preßschden, die das erwähnte Dekret im Gefolge hatte.

(Eine Leichenausstellung.) Dem Doner „Globe“ wird aus Newyork gemeldet, daß die Leichen der Gebrüder Biddle, welche wegen Mordes zum Tode verurteilt, aber aus dem Gefängnisse in Pittsburg entflohen und auf der Flucht getötet worden waren, in Pittsburg im Laden eines Begräbnisunternehmers für Geld gezeigt und von 20.000 Personen, meist Frauen, besichtigt wurden. Viele Leute warteten stundenlang, um in den Laden hineinzutreten. — Echt amerikanisch!

(Ein neuer Pendelversuch.) Es sind nun fünfzig Jahre her, seit der große französische Physiker Jean Foucault (+ 1868) seinen berühmten Pendelversuch von der Höhe der Notre-Dame-Kirche zu Paris gemacht hat. Durch die von der Lotrichtung abweichenden Bewegungen eines 67 Meter langen und mit einer Last von 56 Pfund beschwerten Pendels erbrachte der Franzose einen neuen, bis dahin unbekanntem Beweis für die tägliche Umdrehung der Erde. Der Versuch ist dann später an anderen hohen Punkten, wie an der Spitze des Kölner Domes und des Straßburger Münsters, wiederholt worden. Jetzt will man in Paris den Foucault'schen Versuch von neuem anstellen, nun aber mit Zuhilfenahme viel feinerer Messungen und Vorrichtungen. Der französische Unterrichtsminister Legues hat bereits eine Unterstützung versprochen, und sobald die Viktor Hugo-Bibliothek vorüber sind, will man ans Werk gehen.

(Die Politiker.) Hiasl (im Wirtshause): „Ja!“ — Jachl (nach einer Pause): „Hm, hm!“ — Wirt: „Hört's doch mit eurem Politisieren auf!“

Total- und Provinzial-Nachrichten.

Laibacher Gemeinderath.

Der Laibacher Gemeinderat hielt gestern abends eine außerordentliche Sitzung ab, an welcher unter Vorfig des Bürgermeisters Frißbar 22 Gemeinderäte teilnahmen.

Nach Eröffnung der Sitzung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolles gab der Bürgermeister bekannt, daß die polnischen Abgeordneten des deutschen Reichstages dem Laibacher Gemeinderate für dessen Beitrag zu Gunsten der in der Wreszener Affaire Verurteilten schriftlich Dank ausgesprochen haben.

Nach Uebergang zur Tagesordnung berichtete Gemeinderat Zuzek über den Refurs des Hausbesizers Marcin Zitnik gegen die magistratliche Entscheidung, womit der Wfsherr Matthäus Susnik die Baubewilligung zur Erbauung

noch so leises Vibrieren ihrer Stimme verriet ihre innere Erregung.

„Sehr interessant!“ sagte auch der Senator scheinbar gleichmütig. „Und darf man fragen, wer der Glückliche ist, dem meine Tochter ihre angeblich ansichtslose Neigung zugewandt hat?“

Fest sahen Vater und Tochter einander an, und aus beider Augen sprach derselbe Ausdruck eines unbeugsamen Willens.

Was auch daraus werden mochte, keine Sekunde nur kam Judith der Gedanke, den Geliebten zu verleugnen. Und so antwortete sie denn mit der ihr eigenen Ruhe und Klarheit:

„Ihr habt ein Recht, das zu wissen. Ich darf und will kein Geheimnis vor meinen Eltern haben. Es ist Rudolf Weeder, der Gespieler meiner Kindheit, dem mein Herz gehört! Nur ihm werde ich einst als Braut angehören oder — wenn ich auf die Erfüllung dieses Herzenswunsches verzichten müßte — sonst keinem.“

„So, so, so,“ murmelte Senator Gibbons, mit den Knöcheln seiner Rechten auf die Stuhllehne trommelnd, „das ist ja eine sehr überraschende Eröffnung. Was sagst du dazu, Elisabeth?“

„Ich bin einfach sprachlos!“ gab die Senatorin ihrem Erstaunen Ausdruck.

„Hm, hm!“ machte der Senator. „Nun, es freut mich, daß du dir wenigstens keine Illusionen machst und verständlich genug bist, die Ausichtslosigkeit dieses — hm — Liebe einzusehen. Ich will dir nicht einmal Vorwürfe machen!“ (Fortsetzung folgt.)

ung eines Stalles erteilt wurde. Der Refers wurde abge-
wiesen und Zitrn mit der Geltendmachung seiner Servitut-
rechte auf den Rechtsweg verwiesen.

Gemeinderat P r o s e n c berichtete über die Zuschrift
der städtischen Sparkasse in Angelegenheit des Baulapitales
für den beabsichtigten Bau eines eigenen Amtsgebäudes. Be-
kanntlich hat die städtische Sparkasse die Bernard'sche Reali-
tät in der Preserengasse käuflich erworben und beabsichtigt
dortselbst ein zweistöckiges modernes Amtsgebäude mit ein-
gelegter Mezzaninetape zu errichten. Die Mezzaninetape soll
in erster Linie für die städtische Sparkasse eingerichtet, zu
ebener Erde aber Verkaufsräume hergestellt werden, während
das erste und zweite Stockwerk zu Wohnzwecken einzurichten
wären. Für die Herstellung des Gebäudes soll eine Summe
von 225.000 K bestimmt werden. Die Pläne sollen im Kon-
kurrenzwege beschafft und zu diesem Zwecke drei Preise
(1400, 1000 und 600 K) ausgeschrieben werden. Ueber
den Antrag des Referenten wurde die bezügliche Zuschrift der
städtischen Sparkasse zur Kenntnis genommen, die Entleh-
nung des Baulapitales per 225.000 K aus dem Reserve-
fonds genehmigt und zugleich beschlossen, die Zuschrift des
Bürgermeisters, welcher den Bau eines allen modernen An-
forderungen entsprechenden Amtsgebäudes empfiehlt, dem
Verwaltungsrate der städtischen Sparkasse zur eventuellen
Würdigung abzutreten.

Gemeinderat Dr. S t a r ö berichtete namens der Rechts-
sektion über die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichts-
hofes in Angelegenheit der Auflassung des Tröblersteiges
mit der Herstellung eines Kanals vom Selan'schen Hause
am Alten Markte zum Laibachflusse. Nach eingehender Moti-
vierung wurde der Antrag des Gemeinderates Dr. T a v -
c a r zum Beschlusse erhoben, wovon der Gemeinderat das
Recht der Frau Josefine Selan auf Entschädigung für die
Auflassung des Tröblersteiges prinzipiell anerkennt, zugleich
aber ausspricht, daß die Entschädigung durch Uebernahme der
Herstellungskosten der Selan'schen Sentgrube und des Ka-
nals zum Laibachflusse auf Rechnung der Stadtgemeinde in
hinreichendem Maße geleistet worden sei. Von diesem Be-
schlusse sei Frau Selan schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Gemeinderat S u b i c berichtete namens der Bauaktion
über die von der Schulleitung angeregte Errichtung einer
Brücke bei der städtischen Schule am Moorgrunde und bean-
tragte zu diesem Zwecke einen Kredit von 235 K. Anstatt der
angeregten eisernen Umfriedung sei ein lebender Zaun anzu-
legen, von der Ueberwölbung des Straßengrabens vor der
Schule aber sei abzusehen, da sich eine solche mit Rücksicht
auf eventuelle Ueberschwemmungen nicht empfehle. Sämtliche
Anträge des Referenten wurden ohne Debatte angenommen,
desgleichen der Antrag des Gemeinderates Dr. S t a r ö, dem
Bürger Andreas Trstan in Udat für die Entfernung von
zwei Zwetschenbäumen vom Terrain der Segnargasse eine
Entschädigung von 7 K zu bewilligen.

Gemeinderat Z u z e k berichtete über die Errichtung
einer Stützmauer an der Gruberstraße zur Verhütung einer
Erdbebenkatastrophe. Der zu diesem Behufe erforderliche Kredit
von 1560 K wurde genehmigt und sodann über Antrag des
selben Referenten der Bericht über die Kollaudierung der
Kanäle an der Schlachthausstraße und an der Miklosieße-
straße zur Kenntnis genommen. Der erstere Kanal wurde von der
Wiener Firma G. d. Ust, der letztere von der hiesigen Firma
Philipp Sapančić hergestellt. Zu den Herstellungskosten des
Kanals an der Miklosießestraße hat k. k. Justizrat
Rückficht auf den dortselbst situirten Bau des Justizpalastes
einen Beitrag von 10.000 K bewilligt.

Sodann berichtete Gemeinderat S e n e k o v i c über
den Voranschlag des städtischen Armenfondes, des Bürger-
fondes und des Stiftungsfondes pro 1902. Wesentliche Ver-
änderungen beim Erfordernisse des Armenfondes sind in erster
Linie durch die Bestimmungen des neuen Heimatsgesetzes, in
weiterer Linie durch die Eröffnung des neuen Jubiläum-
armenhauses bedingt. Infolge des neuen Heimatsgesetzes
müßten die an die städtischen Armen zu verabsolgendem Un-
terstützungen, welche im vergangenen Jahre 42.870 K betrur-
gen, pro 1902 auf 60.000 K erhöht werden, während das
neue Armenhaus ein Erfordernis von 18.454 K aufweist.
Das Gesamterfordernis des Armenfondes pro 1902 ist mit
89.717 K präliminirt, welchem eine präliminirte Bebedung
von 42.764 K gegenübersteht. Der Abgang per 46.953 K
muß aus dem städtischen Kontretalfonde bedeckt werden.

Das Erfordernis des Bürgerfondes pro 1902 ist mit
63.482 K präliminirt, darunter 10.524 K als erste Annui-
tät des unverzinslichen Staatsdarlehens per 200.000 K und
3400 K als Gebührenäquivalent. Die Einnahmen stellen sich
auf 51.204 K und beziffert sich somit das vorausschit-
liche Defizit auf 2188 K, welches durch Restringierung der
Unterstützungen an verarmte Bürger gedeckt werden muß.
Der Gemeinderat hat den Voranschlag des Bürgerfondes
ohne Debatte genehmigt und gleichzeitig eine Resolution an-
genommen, bezufoolge das Gesuch um Abschreibung des un-
verzinslichen Staatsdarlehens für den Bürgerfondes erneuert
und die Herabminderung des Gebührenäquivalents mit allen
gesetzlich erlaubten Mitteln angestrebt werden soll. Auch soll
die Frage in Erwägung gezogen werden, ob nicht einigen
Parteien im Bürgerfondesgebäude die Mietzinse entsprechend
zu erhöhen wären.

Als Berichterstatter über den städtischen Voranschlag
pro 1902 fungierte Gemeinderat S e n e k o v i c, der als Ob-
beforsger der Finanzsektion schon seit Jahren dieses Referat
über den städtischen Kontretalfondes ein ordentliches Er-
fordernis per 624.399 K und eine ordentliche Bebedung
per 488.365 K, somit ein Defizit von 136.034 K aus. Im
Vergleiche mit dem Voranschlage pro 1901, welcher ein De-
fizit von 134.069 K auswies, ist somit das Budget pro 1902
— was das Ordinarium betrifft — um 1965 K ungünstiger.

Wenn man jedoch das unbedeckte außerordentliche Erfor-
dernis pro 1902 im Betrage von 150.681 K mit dem un-
bedeckten außerordentlichen Erfordernisse pro 1901 im Be-
trage von 166.473 K vergleicht, ergibt sich, daß der Vor-
anschlag pro 1902 um 13.827 K günstiger ist als jener pro
1901. In das außerordentliche Erfordernis ist auch der
Betrag von 51.825 K eingestellt als Abschlagszahlung für
das 3 % Staatsdarlehen im Betrage von 900.000 K, wo-
mit der städtische Regulierungsfond dotiert worden war.
Wenn die k. k. Regierung — wie der Bürgermeister nach er-
haltenen Informationen erwarten zu dürfen glaubt — dem
Ansuchen der Stadtgemeinde Laibach Folge geben und ihr
inbetreff der Abschlagszahlungen des erwähnten Darlehens
jene Erleichterungen gewähren sollte, vermindert sich daselbe
im erwähnten Falle auf 271.120 K 78 h.

Bisher wurde das alljährliche Defizit mit einer 20 %
Umlage auf die direkten Steuern — mit Ausnahme der
Personal-Einkommensteuer — gedeckt, und der Bürgermeister
bringt auch für das Jahr 1902 eine solche Bebedung in Vor-
schlag. An direkten Steuern waren in Laibach pro 1901
1.108.583 K 86 h vorgeschrieben, und somit würde eine
20 % Umlage auf diese Steuern der Stadtgemeinde
221.716 K 78 h abwerfen. Das unbedeckte Defizit, welches
nach Abschlag dieser Summe resultiert, würde somit —
wenn die k. k. Regierung dem Ansuchen der Stadtgemeinde
inbetreff des 3 % Darlehens Folge geben sollte — 53.120 K,
im entgegengesetzten Falle 68.715 K betragen. Dieses De-
fizit soll in erster Linie mit dem präliminirten Ueberschusse
des städtischen Lotterie-Anlehens im Betrage von 39.571 K
30 h, in zweiter Linie mit der beantragten Fahrabgabe,
welche 12.000 K abwerfen dürfte, gedeckt werden; somit
blieben noch 17.143 K 70 h, beziehungsweise 1.549 K 48 h
unbedeckt. Da die Erfahrung lehrt, daß das städtische
Lotterie-Anlehen alljährlich einen größeren Ueberschuss auf-
weist, als im Voranschlage angenommen wurde, erscheint
es nicht ausgeschlossen, daß mit diesem Ueberschusse das
ganze restliche Defizit bedeckt werden wird. Sollte sich jedoch
noch ein Abgang ergeben, so könnte derselbe in den Kassa-
überschüssen pro 1901, welche sich auf 112.775 K 60 h be-
laufen, die Bebedung finden.

Wie aus dem Gesagten hervorgeht, ist die Stadt-
gemeinde in der günstigen Lage, daß sie auch im Jahre 1902
mit einer 20 % Umlage auf die direkten Steuern nicht nur
das ordentliche, sondern auch das außerordentliche Erforder-
nis im unbedeckten Gesamtbetrage per 150.661 K wird
bedecken können. Hierbei muß jedoch betont werden, daß die
Präliminirung außerordentlich vorsichtig ist, und es darf
daher mit mathematischer Gewißheit erwartet werden, daß der
schließliche Effekt ebenso günstig sein werde wie im Jahre
1901. Der Laibacher Gemeinderat und die
Steuerzahler dürfen daher ruhig in die
Zukunft blicken, und dies umsomehr, als
vom Jahre 1903 ab der gesammte Ueber-
schuss des städtischen Lotteriefondes —
derzeit rund 50.000 K, dann von Jahr zu
Jahr mehr — alljährlich dem städtischen
Kontretalfond zugute kommen wird.
Sollte daher die Stadt Laibach nicht aber-
mals von einer Katastrophe betroffen
werden wie im Jahre 1895, so ist die Be-
fürchtung ausgeschlossen, daß die städti-
sche Umlage erhöht werden müßte. Der
Bürgermeister glaubt dies umsomehr hervorheben zu sollen,
als es Leute gibt, welche aus Unwissenheit oder Uebelwollen
in einemfort behaupten, daß die Laibacher Steuerzahler durch
eine ausgiebige Erhöhung der Umlagen überrascht werden
sollen. Der Bürgermeister hält sich für verpflichtet, dies auch
aus dem Grunde zu betonen, weil in den letzten Jahren auch
im Gemeinderate Stimmen laut wurden, daß die finanzielle
Lage der Stadt eine ungünstige sei, obwohl diese Stimmen
im angeedeuteten Sinne vollkommen grundlos sind. Wohl aber
sei es wahr, daß die Kosten, welche der übertragene Wir-
kungskreis der Stadtgemeinde aufbürdet, sich von Jahr zu
Jahr steigern, und diesbezüglich sei es wünschenswert, daß
der Staat Abhilfe schaffe. Für manches Nützliche im eigenen
Wirkungskreis würden dadurch die erforderlichen Mittel be-
schafft werden.

Der Bericht des Bürgermeisters gibt sodann eine tabella-
rische Uebersicht über die Höhe der Gemeindeumlagen in 26
größeren österreichischen Städten. Diese Tabelle ist außer-
ordentlich lehrreich, denn dieselbe zeigt, daß die Steuerträger
in den angeführten Städten — und selbst in dem kleinen
Gill — größere Lasten für die Gemeindeverwaltung zu
tragen haben als in Laibach. Nur die Städte Klagenfurt und
Krakau haben eine annähernd gleiche Besteuerung, und nur
die Stadt Olmütz ist günstiger gestellt. Diese Stadt hebt
nämlich keine Gemeindeumlagen auf direkte Steuern ein,
sondern deckt ihr Erfordernis ausschließlich mit Auflagen
auf indirekte Steuern. Diese Auflagen sind allerdings außer-
ordentlich hoch, doch erscheint in Olmütz mit Rücksicht auf
die große Garnison dieser Besteuerungsmobus am günstigen.
Die Städte Brünn, Görz, Graz, Innsbruck, Reichen-
berg, Linz, Lemberg, Marburg, Troppau, Prag,
Salzburg, Steyer, Trient und Trieste aber haben für unsere
Begriffe geradezu exorbitante Gemeindeumlagen ein. Trotz
der Erdbebenkatastrophe und der hiedurch erwachsenen An-
forderungen und Bedürfnisse darf Laibach sich der geordnet-
sten Finanzen rühmen. Dies könne dem Gemeinderate zum
Trost, dem Bürgermeister, der seine Pflichten stets nach
bestem Wissen und Gewissen erfüllt hat, zur Genugthuung
gereichen.

Der Bürgermeister hebt weiters hervor, die Gebarung
mit den städtischen Mitteln sei derart eingerichtet, daß auf

die künftige Generation vielleicht sogar zu viel Rücksicht ge-
nommen werde. Im Jahre 1929 übernimmt nach Amorti-
sierung des städtischen Lotterie-Anlehens die Stadtverwal-
tung das Wasserwerk, das Schlachthaus und die Infanterie-
Kaserne in das lastenfreie Eigentum, nebstbei aber noch be-
deutende Reservefonds. So beträgt z. B. der Reservefond des
städtischen Wasserwerkes mit Ende 1900 140.708 K und
dürfte bis zum Jahre 1929 auf 818.704 K anwachsen. Aller-
dings ist dies eine ideale Ziffer, welche erreicht werden würde,
wenn keine größeren Reparaturen erforderlich werden sollten;
jedemfalls aber darf man sich der Erwartung hingeben, daß
unsere Nachkommen i. J. 1929 außer dem lastenfreien Wasser-
werke noch mindestens 500.000 K erhalten. In ähnlicher
Weise dürfte der Reservefond des städtischen Elektrizitäts-
werkes anwachsen. Freilich darf nicht übersehen werden, daß
die Stadtgemeinde im Jänner 1915 dem Staate das zur
Dotierung des Regulierungsfondes gewährte unverzinsliche
Darlehen per 200.000 K wird rückzahlen haben; doch
dürfte diese Rückzahlung kaum Schwierigkeiten bereiten, da
bis dahin der alljährliche Ueberschuss des städtischen Lotterie-
Anlehens schon bedeutend angewachsen sein und auch die
ordentlichen Einnahmen des Stadtfondes sich entsprechend
vermehrt haben werden.

Schließlich hebt der Bürgermeister in seinem Berichte
noch hervor, daß die Stadtgemeinde an den Entwässerungs-
kosten des Laibacher Moores mit dem Betrage von
300.000 K zu partizipieren haben wird, doch werde dieser
Betrag gegen Amortisation aus den laufenden Einnahmen
beschafft werden können. Auch dürfe nicht außeracht gelassen
werden, daß die städtischen Einnahmen eine erhebliche Ver-
mehrung erfahren, sobald die Wocheiner Bahn eröffnet sein
wird, da für diese Strecke ein beträchtlicher Teil der Steuern
in Laibach zur Vorschreibung gelangt.

Berichterstatter S e n e k o v i c erklärte, daß sich die
Finanzsektion mit den Ausführungen und Anträgen des
Bürgermeisters eingehend befaßt und einzelne Posten des
Voranschlages abgeändert, beziehungsweise auf Grund ge-
faßter Gemeinderatsbeschlüsse in denselben neu aufgenommen
habe. Das schließliche Defizit betrage demnach rund
274.000 K und wäre durch eine 20%ige Gemeindeumlage
(220.000 K), durch den Ueberschuss des städtischen Lotterie-
anlehens (40.000 K) und durch teilweise Inanspruchnahme
des Kassaüberschusses beim städtischen Kontretalfonde
(14.000 K) zu bedecken. Der Berichterstatter stellte schließ-
lich diesbezügliche Anträge und empfahl dieselben als Grund-
lage der Spezialdebatte.

In der nun folgenden Generaldebatte über die Anträge
des Referenten ergriff zunächst Gemeinderat P r o s e n c das
Wort. Derselbe wies darauf hin, daß sich das Erfordernis
von Jahr zu Jahr steigere, woran jedoch nicht die städtische
Verwaltung die Schuld trage, sondern die Ugen den des über-
tragenen Wirkungskreises, welche den autonomen Gemeinden
außerordentlich drückende Lasten auferlegen. Auch die Unter-
stützung der Gemeinbearmten beanspruche infolge des neuen
Heimatsgesetzes eine bedeutende Summe, welche sich in den
nächsten Jahren verdoppeln, ja vielleicht verdreifachen dürfte.
Es stehe daher zu befürchten, daß in der nächsten Zeit zu
einer Erhöhung der Gemeindeumlage werde geschritten wer-
den müssen; eine solche Erhöhung aber wäre ein harter
Schlag, insbesondere für den mit Steuern und Abgaben
ohnehin schon überbürdeten Gewerbetreibenden und Handels-
mann. Redner empfahl schließlich, daß die Städte mit eigen-
em Statut für die Beforgung der Ugen den des übertragenen
Wirkungskreises eine angemessene Entschädigung seitens des
Staates anstreben sollen.

Gemeinderat Dr. T a v c a r erklärte, daß er auf den
Bericht des Bürgermeisters, welcher von übelwollenden Geg-
nern spricht, schon deshalb reagieren müsse, weil jene Bemerk-
ung in erster Reihe gegen ihn gerichtet sei, da ja er es war,
der im Gemeinderate für eine weise Sparsamkeit seine
Stimme erhob. Die Nervosität des Bürgermeisters sei nicht
am Plage, da es ja insbesondere den Mitgliedern des Ge-
meinderates freistehen müsse, an den städtischen Finanzen
Kritik zu üben. Redner könne der Ansicht des Bürgermeisters,
der die städtischen Finanzen in den rosigsten Farben schil-
dert, durchaus nicht beistimmen, er befürchte vielmehr, daß
sich die Stadtgemeinde in nicht ferner Zukunft zu einer Er-
höhung der Gemeindeumlage werde entschließen müssen. Es
liege heute dem Gemeinderate der erste Voranschlag mit einem
wirklichen Defizite vor und dieses Defizit könne nur mit
Hilfe des Lotterieanlehens bedeckt werden. Wir sind — sagte
Redner — an einer bestimmten Grenze angelangt; es ist zu
viel reguliert, es sind zu viel Häuser demoliert, zu viel neue
Straßen eröffnet worden. Die Stadtgemeinde Laibach habe
nicht die nötigen Mittel, um die Rolle einer Großstadt zu
spielen; die Steuerkraft unserer Stadt, welche beiläufig eine
Million Kronen repräsentiert, nehme nicht so progressiv zu
wie die Ausgaben unserer Stadtgemeinde. Das Wasserwerk,
das Elektrizitätswerk zc. seien gewiß sehr beachtens- und
lobenswerte Einrichtungen, welche uns das Leben vielfach
erleichtern; daß dieselben aber etwa unsere Steuerkraft er-
höhen, das könne niemand behaupten.

Gemeinderat Dr. T a v c a r führte in seiner Rede wei-
ters aus, daß eine Erhöhung der Gemeindeumlage unbedingt
werden eintreten müssen, wenn die bisherige überreizte Modern-
sierung der Stadt nicht aufgegeben wird. Das System, das
Defizit durch Fahrabgaben und Hundesteuer zu decken, werde
sich nicht bewähren, darüber möge man sich keiner Täuschung
hingeben. Die Hausbesitzer seien unsere hauptsächlichsten
Steuerträger, diese aber seien bereits überbürdet und es sei
klar, daß die Hauszinssteuer in absehbarer Zeit werde er-
mäßigigt werden müssen; dann aber werde das Defizit im
städtischen Haushalte noch größer sein. Vom Ausbaue der
Wocheiner Bahn verspricht sich Redner durchaus nicht jene
Vorteile, welche uns der Bürgermeister in seinem Berichte
schildert; die Entwässerung des Laibacher Moores werde
große Opfer erheischen, desgleichen die Folgen des neuen Hei-
matsgesetzes. Außerste Sparsamkeit sei daher bringend zu

empfehlen und Markthallen, Viehverladestationen und andere schöne Sachen auf bessere Zeiten zu verschieben. Das sei zwar kleinstädtisch, aber unter den obwaltenden Verhältnissen leider sehr am Platze. Redner schloß mit der Bemerkung, daß die Stadtgemeinde sich auf den Standpunkt äußerster Sparsamkeit stellen müsse.

Sodann ergriff, nachdem Vicebürgermeister Dr. Ritter von Bleiweis den Vorsitz übernommen, Bürgermeister Hribar das Wort, um auf die Ausführungen des Gemeinderates Dr. Tavčar zu erwidern. Nach dem Präludium des Gemeinderates Profenc habe sich Dr. Tavčar ans Klavier gesetzt, um aufzuspielen. Zu verwundern sei es, daß Dr. Tavčar plötzlich ein so grimmiger Feind des Fortschrittes geworden ist. Es dürfe jedoch nicht außeracht gelassen werden, daß Stadtgemeinden wie Laibach nicht nach Mustern von Landgemeinden verwaltet werden können; das sei vollkommen unmöglich. Bezüglich der Steuerkraft konstatierte Redner, daß dieselbe — wie aus statistischen Ausweisen hervorgehe — konstant wachse und hoffentlich auch in Zukunft wenigstens im bisherigen Maße zunehmen werde. Wenn Dr. Tavčar bemerkt habe, daß das Wasserwerk, das Elektrizitätswerk u. auf die Steuerkraft keinen Einfluß haben, so sei dies ein antiquierter Standpunkt und Redner verweist diesbezüglich auf den instruktiven, mit statistischen Daten unterstützten Vortrag, welchen der Stadtphysikus Dr. Kopriwa jüngst im „Nestni Dom“ gehalten hat. Der Bürgermeister wies den Vorwurf der Nervosität zurück und gab dem Bedauern Ausdruck, daß die städtischen Finanzen vielfach in einer Weise dargestellt werden, welche den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Darum habe er es für seine Pflicht gehalten, in seinem Berichte ungeschminkt die Wahrheit zu sagen. Bezüglich des neuen Heimatsgesetzes habe der österreichische Städtetag bereits Schritte unternommen, welche den Stadtgemeinden die Last der Armenversorgung erleichtern sollen.

Wenn Gemeinderat Dr. Tavčar gesagt hat, daß zu viel Häuser demoliert worden seien, so müsse der Bürgermeister demgegenüber betonen, daß von der k. k. Regierung bestellte Kommissionen jene Häuser festgestellt haben, welche wegen arger Beschädigung durch Erdbeben zur Demolierung bestimmt werden mußten. Die Regulierungen seien vom Gemeinderate beschlossen worden und Dr. Tavčar selbst habe für den Stadtregulierungsplan gestimmt und treffe die Verantwortung auch ihn. Die Renovierung der durch das Erdbeben verwüsteten Stadt sei mit reiflicher Ueberlegung in Angriff genommen worden und unsere Nachkommen dürften unser Vorgehen kaum verurteilen. Redner besprach sodann in ausführlicher Weise die finanzielle Gebarung der Stadtgemeinde und konstatierte, daß nun eine gewisse Stabilität der Ausgaben erreicht worden sei; erörterte die Frage der Entwässerung des Laibacher Moores, der Errichtung der Markthalle, der Viehverladestation mit den Kontumazialhallen, des Zubaus zur Landwehrkaserne u. und schloß mit der Erklärung, daß er stets nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe und daß ihn daher kein Vorwurf treffen könne.

Nachdem Gemeinderat Dr. Tavčar auf die Ausführungen des Bürgermeisters kurz erwidert und Bürgermeister Hribar daran nochmals einige Bemerkungen geknüpft hatte, wurde wegen vorgerückter Stunde (es war bereits 3/9 Uhr) die Debatte abgebrochen und die Fortsetzung der Sitzung auf heute abends anberaumt.

(Beförderung von Direktoren und Professoren an staatlichen Lehrern und Lehrerinnen-Bildungsanstalten in höhere Rangsklassen.) Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Das k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht hat, wie wir hören, die Beförderungen von Direktoren und Professoren an staatlichen Lehrern und Lehrerinnen-Bildungsanstalten in höhere Rangsklassen für das Jahr 1901 durchgeführt, und zwar wurden 4 Direktoren in die VI., 11 Professoren in die VII. und 33 Professoren in die VIII. Rangsklasse befördert. Mit Berücksichtigung dieser Borrückungen stehen dormalen von 58 Direktoren staatlicher Lehrern, beziehungsweise Lehrerinnen-Bildungsanstalten 12 Direktoren in der VI. und 45 Direktoren in der VII. Rangsklasse, während von 348 Professoren solcher Anstalten 65 in die VII. Rangsklasse, 130 in die VIII. und 153 in die IX. Rangsklasse eingereiht erscheinen. — Wie weiter verlautet, wurde vom Ministerium für Kultus und Unterricht im letzten Jahre den mit der vollständigen Lehrbefähigung für Mittelschulen ausgestatteten Direktoren und Professoren an staatlichen Lehrern und Lehrerinnen-Bildungsanstalten auch ihre Supplendentienstzeit nachträglich für Quinquennial-Zulagen angerechnet. Auch ist eine weitere Aktion im Zuge, um auch jenen Lehrkräften solcher Anstalten, welche früher an Volksschulen gedient haben, denen aber ihre frühere Dienstzeit beim Uebertritte an die Lehrer-Bildungsanstalt bisher für Quinquennial-Zulagen nicht angerechnet wurde, in berücksichtigungswürdigen Fällen diese Dienstzeit nachträglich anzurechnen.

(Vom k. k. Landes Schulrate.) Wie „Slob. Karob“ meldet, hat der kranke Landesauschuß die Herren Dr. Schaffer und Dr. Tavčar neuerdings zu seinen Vertretern im k. k. Landes Schulrate gewählt.

(Vom Landespitale.) Herr Dr. Johann Zajc wurde zum Sekundärarzte, Herr Dr. v. Födranšperg zum Assistenten an der gynäkologischen Abteilung im Landespitale ernannt.

(Ein Marktstein in der Entwicklung des Rainburger Gymnasiums.) Wie bekannt, nahm diese Anstalt, mit dem Schuljahre 1894/1895 als vollständiges Gymnasium reaktiviert, einen ungeahnten Aufschwung, namentlich nachdem dasselbe in das neue, von der Stadt erbaute Gebäude im September 1897 eingezogen war. Die Schülerzahl war und ist eine so bedeutende, daß sie die an Provinzanstalten gewöhnliche fast um das Doppelte übersteigt: für die Stadt zur freudigen Genugtuung, aber in der darin liegenden Ueberraschung auch zu einer Quelle von

neuen Sorgen, für die Leitung der Anstalt trotz der Verfrühdigung zu einer Quelle von Verlegenheiten. Das schöne Gebäude ist für eine solche Schülerzahl nicht hinreichend ausgestattet; je näher die Fertigstellung heranrückt, desto eingengter fühlte man sich. Im abgelassenen Schuljahre, als die Anstalt zum erstenmale alle acht Klassen umfaßte, mußte z. B. für eine Klasse außerhalb des Gebäudes Unterkunft gesucht werden — und im laufenden Schuljahre sind der für den regelmäßigen Unterricht unförmliche Zeichensaal und das nur für seinen Zweck ausgerüstete naturwissenschaftliche Lehrzimmer ständig mit Klassen besetzt, was zu allerlei Unzulänglichkeiten führt. Das Gebäude, wie es ist, ist eben für 10 Klassen, nicht aber für die erforderlichen 12 bis 13 eingerichtet. Nach alledem mußte die Frage nach einer Vergrößerung des jetzigen Gebäudes aufgerollt werden und wurde schon durch mehr als zwei Jahre ventiliert. Weil aber die Stadtgemeinde, die ohnehin für den Bau viel geopfert, außerdem nach § 4 des von derselben mit dem k. k. Aerar abgeschlossenen Vertrages sich verpflichtete, „das... Gebäude in allen seinen Räumlichkeiten während der Dauer des Bestandes stets in gutem, brauchbarem Zustande auf eigene Kosten zu erhalten sowie die Beheizung sämtlicher Schullokaleitäten aus Eigenem zu bestreiten“, so ist es erklärlich, daß dieselbe der Uebernahme neuer und nicht unbedeutender Umlasten bedentlich gegenüberstand. Die Frage war Gegenstand öfterer Beratungen, bis sich schließlich die Gemeinde bereit erklärte, den Zubau unter der Bedingung zu besorgen, daß das Aerar einen Teil der von der Stadt getragenen Kosten, nämlich die Beheizung, übernehme. Da sich nun letzteres vor kurzem hierzu entschlossen hatte, wird die Frage des Zubaus und Ausbaues des Gymnasialgebäudes aktuell. Die Arbeiten werden energisch in Angriff genommen; die erste Phase haben wir schon zu verzeichnen: am 12. d. M. fand auf Ansuchen des Gemeinderates der Lokalaugenschein statt, wobei die Interessen des k. k. Aerars der Leiter der Bezirkshauptmannschaft Krainburg, Herr A. Pirce, die des Gymnasiums Herr Direktor J. Hubad, die der Stadtgemeinde der Bürgermeister kais. Rat K. Sabnik mit Gemeinderäten vertrat; behufs Festsetzung des Bauprogrammes wurde als Staatsarchitekt Herr Oberingenieur Muk und als Sanitätsorgan Herr Bezirksarzt Dr. Sabnik zugezogen. Nach den vorgelegten Plänen werden 3 Schulzimmer hinzugebaut; der Zubau gestaltet sich aber deshalb kostspieliger, da die gesammte Abortanlage verlegt werden muß. Die in einigen Punkten modifizierten Pläne werden nun dem Ministerium für Kultus und Unterricht zur Genehmigung vorgelegt werden. — Darnach dürfte man den Zubau schon im laufenden Sommer in Angriff nehmen; das Gebäude wird dadurch außerordentlich gewinnen, da der nördliche Seitentrakt, der derzeit kürzer ist als der südliche, die Symmetrie des Gebäudes nicht mehr stören wird; auch für die Ableitung des Wassers wird dann besser gesorgt werden können. —in—

(Das Hof- und Staats-Handbuch der österreichisch-ungarischen Monarchie für 1902) ist kürzlich im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei erschienen. Dasselbe weist viele Neuaufnahmen und Ergänzungen auf, welche sich durch die Errichtung und Fertigstellung verschiedener staatlicher Institutionen ergaben. Das Hof- und Staats-Handbuch ist für alle Aemter sowie für öffentliche Funktionäre ein unentbehrliches Nachschlagewerk, das sich durch die strengste Verlässlichkeit und empfehlenswerteste Uebersichtlichkeit auszeichnet.

(Schriftlicher Stenographie-Unterricht.) Die Leitung des österreichischen Stenotachygraphen-Bundes ersucht uns, auf ihr Kurzschrift-System (Stenotachygraphie-Engschneidchrift), welches sich neben der Kürze und leichten Erlernbarkeit dadurch auszeichnet, daß es die Rechtschreibung vollkommen berücksichtigt, hinzuweisen. Gegen eine einmalige Einsendung von 4 K für die Unterrichtsbriefe und das Postporto wird der Unterricht brieflich erteilt. Anmeldungen sind an den Leiter des Unterrichts-Bureau, Herrn Bürgerschul-Direktor J. Nefse, Wien, V., Embelgasse 48, zu senden, von wo auch System-Einblicke unentgeltlich bezogen werden können.

(Zur Uebersiedlung im Februar-termin.) In dieser Uebersiedlungsperiode ist der Wohnungswechsel als sehr schwach zu bezeichnen. Die Zahl der überfiedelten Familien betrug 33, jene der Einzelparteien 53. Im IV. Bezirke (Wahnhof-Biertel) soll für den Februar-termin seitens einiger Besitzer bereits eine empfindliche Erhöhung der Mietzinse platzgegriffen haben. Der Mangel an mittleren Wohnungen macht sich stark fühlbar. Die unteren und ärmeren Bevölkerungsschichten ziehen in großer Anzahl an die Peripherie der Stadt.

(Verunglückt.) Am 8. d. M. nachmittags ging der 48 Jahre alte Kaiser Franz Lavric aus Mreznitz, Gemeinde Moräutsch, von Sagor längs des Saveufers nach Hause. Bei einer Holztrift angelangt, wurde derselbe von einem Steine, welcher sich infolge Lawetters plötzlich losgelöst hatte und den Berg herabstollerte am Kopfe getroffen und so schwer verletzt, daß er zu Boden stürzte und bewußtlos liegen blieb. Er wurde ins Landespitale nach Laibach überführt. —ik.

(Verkehrsstörung infolge Ueberfluthung.) Infolge der andauernden Regenflüsse und des Zergehens von Schnee wurde das ganze Planinaltal unter Wasser gesetzt. Hiedurch ist der Straßenverkehr zwischen Planina und Haasberg und Planinaltaze für die Fußgeher gestört, Fuhrwerke können aber diese Straßenstrecken noch passieren. Der Wasserstand beträgt 2 m 90 cm. Die Straße Planina-Haasberg befindet sich an vier Stellen bis 25 cm und jene Planinaltaze an mehreren Stellen einen halben Meter unter dem Wasserpiegel. Die Bewohner von Taze, Jakobowitz, Planina und Haasberg lassen sich entweder mit Wagen oder Rähnen überführen. —r.

Geschäftszeitung.

(Lieferungsausschreibung.) Die Intendant des III. Korps teilt der Handels- und Gewerbekammer in Laibach mit, daß die Militär-Verwaltung großen Mengen von Roggen und Hafer nach kaufmännischer Manier anzukaufen beabsichtigt. Die Verkaufsangebote sind bis zum 20. d. M. zu überreichen. — Die näheren Bedingungen sind in dem bei der Korps-Intendant in Graz erliegenden Musterentwerf enthalten. Eine Abschrift der Lieferungsausschreibung liegt bei der Handels- und Gewerbekammer in Laibach zur Einsicht auf.

Telegramme

des k. k. Telegraphen-Corresp.-Bureau.

Reichsrat.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 13. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortete Ministerpräsident Dr. Koerber die Interpellation Dr. Vuegers, betreffend den Wahlauftrag des Zentral-Wahlkomites der deutschen Fortschrittspartei in Wien, und erklärt, es liege kein Anlaß zur Einleitung amtlicher Erhebungen vor. Der Ministerpräsident hat nicht den leisesten Grund, eine ungehörige Anwendung der aufzubringenden Mittel seitens der im Auftrage angeführten und in weiten Kreisen der Bevölkerung der vollsten Achtung sich erfreuenden Persönlichkeiten voranzusetzen.

Nach erregter Debatte wurde über Antrag des Abgeordneten Bogler die Eröffnung der Debatte über die Antwort des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung beschlossen.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetragene, d. i. die Rekrutentontingent-Vorlage. Nach dem Schlußworte des Abg. Popovskij ergreift der Landesverteidigungsminister Graf Welserhheim das Wort.

Er verwahrt sich gegen die Angriffe auf Abwesende und gegen die Vorbringung von Beschwerden ohne genügende Information. Er konstatiert, daß die Redaktion der neuen Militär-Strafprozedur militärischerseits dem Abschluß nahe sei. Der Minister warnt davor, die Bevölkerung, welche die Wehrmacht hervorgehe, durch gegen die Armee erhobene Anklagen, wie es im Hause wiederholt der Fall war, in einer Weise zu impressionieren, welche die Erziehung der Soldaten zum Opfermute erschwert. Eine derartige Einwirkung auf die Bevölkerung kann zwar der Armee, welche viel zu hoch im Ansehen steht, nichts anhaben, wohl aber manchen armen Teufel ins Unglück treiben. Die Armee ist keiner Bevölkerungsschicht und keiner Nation feindlich gegenüber, namentlich die Vertreter der breiten Schichten der Bevölkerung, die dringend des Schutzes einer starken Armee bedürftig sind, täten Unrecht, die Armee als solche anzusehen. Der Minister verurteilt das Demagogentum, welches für den Geist der Armee das Ärgste ist, bespricht die Frage der stehenden Heere und erklärt, es würde eine allgemeine Völkerverweigerung, wenn dies anginge, noch praktischer finden, als das stehende Heer, durch die allgemeine Volksbewaffnung zu ersetzen, die ohne eine geregelte Macht unter unseren Verhältnissen sofort zum Kampfe aller gegen alle führen würde, muß die Armee gerechtfertigt werden, indem sie die einzige Schule für ein verträgliches Zusammenleben und Zusammenwirken bildet. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit müsse mit großer Vorsicht behandelt und nicht zum Schlagwort gemacht werden. Die nötige Mannschaftsergänzung müsse mit großen Kosten durch freiwillig länger Dienende gesucht werden. Der Minister habe es deshalb am zweckmäßigsten, durch eine entsprechende Erhöhung der Friedenskontingente die Verurlaubung der weitaus größten, berücksichtigungswürdigen größeren Masse zu ermöglichen. Nach Entkräftigung verschiedener vorgebrachter Beschwerden schließt der Minister mit dem Danke für das Anerkennen, was über die Armee gesagt wurde. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus nahm die Rekrutentontingent-Vorlage in allen Lesungen an. — Nächste Sitzung morgen.

Der englisch-japanische Vertrag.

Yokohama, 12. Februar. Bei der Unterbreitung des zwischen England und Japan abgeschlossenen Bündnisvertrages im Parlamente erklärte der Premierminister, daß Bündnis sei tatsächlich ein offensives und defensives Bündnis. —

London, 13. Februar. Ein Washingtoner Telegramm der „Times“ sagt: Die amerikanische Regierung, die dem Grundsatze der offenen Türe anhängt, und die britischen und amerikanischen Interessen in Ostasien als identisch ansieht, begrüßt den englisch-japanischen Vertrag. Sie ist neutral, aber die Neutralität ist wohlwollend und sympathisch.

Aus China.

Shanghai, 13. Februar. Hier wird allgemein angenommen, daß die Unterzeichnung des Mandchurenvertrages in der von Rußland gewünschten Fassung durch das japanische Abkommen vorläufig unmöglich geworden sei.

London, 13. Februar. In seiner Besprechung der gestrigen Mitteilungen des „Reichsanzeigers“ über Lord Bouncefots sagt „Daily Telegraph“ u. a., Amerika sei für keine Täuschung empfänglich. Wenn es notwendig sein sollte, alle Tatsachen zu veröffentlichen, so möge Deutschland nicht England wegen der Konsequenzen tadeln, zu denen seine Presse mit Bedacht herausgefordert hat.

Neuigkeiten vom Büchermarkte.

Schmidt Dr. Alb., Was muß man von der französi-
schen Literatur wissen? K 2.40. — Theodor D. F., Praktische
Bücher zur Ernährung und Pflege der Kinder in gesunden und
kranken Tagen, K 2.40. — Ein Zwischenbrettchen, K 1.
— Handbuch der Kunstpflege 1902, K 8. — Volkmann L.,
Die Erziehung zum Sehen, K 90. — Kunstzeitschrift, K 1.20.
— Dum m, Dr. E., Ueber die chirurgische Behandlung des
Kindbettsiebers, K 72. — Haab, Dr. D., Das Glattem
und seine Behandlung, K 2.40. — Heymann, Dr. Eug.,
Ophthalmologische Operationslehre, K 3.84. — Guttenberg,
K. v., Die Holzpreise in Oesterreich, K 3. — Arzneitage 1902,
K 80. — Adler, Dr. S., Medizinalchemismus für
Oesterreich 1902, K 5.60. — Kalender für Photographie und
verwandte Fächer 1902, K 3.20. — Liebermann W.,
Wagab, K 1.80. — Schlieper, Meine Kriegsergebnisse in
China, K 1.20. — Cholewa, Dr. R., Herzschwäche und
Nervenleiden, K 1.20. — Grese, Dr., Die Bahn- und Rund-
leiden, ihre Ursachen und Bekämpfung, K 1.20. — Finkh,
Dr. J., Die Geisteskrankheiten, K 2.40. — Engels Ed.,
Wünschens Niedergang als Kunststadt, K 1.80. — Bod Gfr.,
Florentinische und venezianische Bilderrahmen, K 9.60.
Borrätig in der Buchhandlung Jg. v. Kleinmayr &
Fed. Bamberg in Laibach, Congressplatz 2.

Verstorbene.

Am 10. Februar. Albine Cimolini, Oberpoliers-
meister, 25 J., Maria Theresien-Strasse 10, Tubercul. pulm.
— Jakob Payer, Baderjohn, 5 W., Schießstättgasse 15, Arophe
& Eclampsie. — Helena Fegec, Wifigerswitwe, 80 J., Karl-
bühnerstrasse 32, Marasmus senilis.
Am 12. Februar. Ernestine Isakar, Schneiderstochter,
1 1/2 J., Schießstättgasse 15, Pertussis & Eclampsie.

Im Siechenhause.

Am 11. Februar. Maria Janovic, Einwohnerin,
73 J., Marasmus.

Im Civilspitale:

Am 7. Februar. Gregor Kocak, Einwohner, 73 J.,
Pneumonia. — Konrad Stupica, Kellner, 22 J., Tubercul.
pulm. — Anton Steblaj, Tischler, 31 J., Phthisis pulm. —
Matthias Tegelj, Tagelöhner, 33 J., Tubercul. pulm. — The-
odor Kopac, Näherin, 70 J., Degeneratio cordis. — Gertraud
Kratovic, Köchin, 82 J., Marasmus senilis.
Am 8. Februar. Luzia Petric, Einwohnerin, 83 J.,
Marasmus senilis.
Am 9. Februar. Julia Hanaman, Kaufmannswitwe,
64 J., Tubercul. pulm.

Landestheater in Laibach.

81. Vorst. Heute Freitag, 14. Februar. Ung. Tag.
Zum zweitenmale:
Die wahre Liebe ist das nicht!
Voll mit Gesang in fünf Bildern von Julius Horst und
Leo Stein.
Anfang halb 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
82. Vorst. Sonntag, den 16. Februar. Ger. Tag.
Zum erstenmale:
Das süße Mädel.
Operette in drei Akten von Landesberg und Stein. — Musik
von Heinrich Reinhardt.

Volkswirtschaftliches.

Laibach, 12. Februar. Die Durchschnittspreise auf dem
heutigen Markte stellten sich wie folgt:

Table with columns: Markt-Preis, Markt-Preis, and sub-columns for different goods like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Seehöhe 306.2 m. Mittl. Luftdruck 736.0 mm.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, Ansicht des Himmels, Niederschlag.

Das Tagesmittel der gestrigen Temperatur 1.1°, Nor-
male: -0.4°.

Verantwortlicher Redakteur: Anton Funtek.

Der Gefertigte warnt hiemit jedermann, ohne sein
Wissen vom heutigen Tage an niemandem weder Geld
noch Geldeswert auf seinen Namen auszufolgen, da er
hiefür nicht Zahler ist. (591)

Laibach am 14. Februar 1902.

R Kastelic.

Good Books for Jedermann. Meyers Kleines Kon-
versations-Lexikon. VL Aufl. Mit 168 Illu-
strationen, Karten
und Plänen und 88
Textbelegen. 3 Hal-
bdecker zu je 10 Mk.
Meyer, Das Deutsche
Volkstum. Mit 30 Fac-
similes, 100 Karten,
100 Abbildungen im
Text, 25 Tafeln in Far-
ben, 25 Tafeln in Schwarz-
und-Weiß, 100 Facsimiles
und Holzschnitte und 94
Faksimile-Belegungen in
Halbdecker geb. 15 Mk.
Meyers Hand-Atlas.
II. Aufl. Mit 119 Kar-
ten und vollständigen
Namen-Register. Preis
13 Mark 60 Pfennige.
Ausg. d. Propaganda...

Zu beziehen durch die Buchhandlung
I. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg
Laibach, Congressplatz 2. (III.)

Danksagung.

Tiefgerührt durch die vielen Beweise der Ach-
tung, die mir während meines Aufenthaltes in dieser
Stadt zuteil wurden, fühle ich mich verpflichtet,
öffentlich meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen
allen werten Familien, der geehrten Frau Renate
Bock, der Frau Josefine v. Gressel, der Instituts-
Vorsteherin Fräulein Marie Hauss, dem Fräulein
Marie Wessner, dem Herrn Direktor Arthur Mahr
und Herrn Josef Rieger wie auch allen anderen ge-
ehrten Ehevinnen und Ehevnen, welche mir so ver-
trauensvoll entgegengekommen sind. Nochmals meinen
innigsten Dank sagend, bitte ich, mir für meine
Rückkehr im Herbst das gleiche Vertrauen gütigst
zu bewahren.

Mit aller Hochachtung

Giulio Morterra

(576)

Tanzlehrer.

Esprit Berenice

verhindert die Schuppenbildung, hält den Haarboden
rein und schützt denselben vor Krankheiten, die das
Ausfallen der Haare verursachen. Ein Flacon 1 K.

Apotheke Piccoli, Laibach, Wienerstrasse.
Auswärtige Aufträge gegen Nachnahme.

Oelfarben in Blechdosen

für Wiederverkäufer und zum Selbstgebrauch. Zu haben bei Brüder
Oberl, Oelfarben-, Lack- und Firnisse-Handlung,
Laibach, Franziskanergasse. Nach auswärts mit Nach-
nahme. (922) 11-11

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten,
die unserm teuren, unvergesslichen Vater, beziehungs-
weise Schwiegervater, Herru

Josef Heim

Verksbeamten i. R.

während seiner letzten Krankheit in so reichem Maße
ihre aufrichtige Anteilnahme bewiesen und welche
anlässlich seines Ablebens uns ihr Mitgefühl per-
sönlich oder schriftlich ausdrückten, ferner allen jenen,
welche den Bereinigten zur letzten Ruhe begleiteten,
insbesondere der hochwürdigen Direktion, sowie den
Herrn Beamten der krainischen Industrie-Gesellschaft,
dann der löblichen Neumarkter Liedertafel für die
schönen Kranzspenden, sagen wir hiemit unsern
tiefgefühltesten Dank.

Neumarkt am 10. Februar 1902. (580)

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kurse an der Wiener Börse vom 13. Februar 1902.

Die notierten Kurse verstehen sich in Kronenwährung. Die Notierung sämtlicher Aktien und der «Diversen Lose» versteht sich per Stück.

Large table with multiple columns listing various financial instruments, bonds, and stocks with their respective prices and values.

J. C. Mayer
Bank- und Wechsel-Geschäft
Laibach, Spitalgasse.

Privat-Depôts (Safe-Deposits)
unter eigenem Verschluss der Parteil.
Verzinsung von Bar-Einlagen im Courant- und auf Giro-Conto.

